

Friederikes Wi(e)dersprüche

Sendung September 2007

Sendetext mit Quellen

- FRI:** Hallo, Anton! Ach, das ist ja der blaue Kittel, den Du auf der Afghanistan-Demo getragen hast! Ziehst Du den jetzt immer an?
- ANT:** Na ja, nicht immer, Friederike, aber manchmal schon! Schließlich steht da unsere Webadresse drauf: „www.militaer-gehoert-abgeschafft.de“.
- FRI:** Ja, mit AE und OE – auf der nächsten Friedensdemo zieh ich meinen blauen Kittel auch wieder an – das ist klar!
- ANT:** Ich fand‘ die Afghanistan-Demo richtig aufregend – da kamen 10.000 friedliche Menschen nach Berlin, die den Afghanistan-Krieg ablehnen!
- FRI:** Ja, und gute Musik und gute Reden gab’s auch!
- ANT:** Mir hat am besten die Rede von dieser Amerikanerin Kelly... Kelly...
- FRI:** Kelly Campbell¹? Die war ja selbst in Afghanistan.
- ANT:** Die Rede habe ich sogar noch mal im Internet unter „www.afghanistandemo.de“ nachgelesen: wir sollten uns auf die dringenden Bedürfnisse Afghanistans nach humanitärer Hilfe und Wiederaufbau konzentrieren und nicht auf das Militärische.
- FRI:** Ja, das finde ich auch – die Bundeswehr hat dort absolut nichts zu suchen!
- ANT:** Ein anderer Redner hat gesagt, daß die Tornados Beihilfe zum Töten leisten!²
- FRI:** Das war Peter Strutynski, auch ein Pazifist!
- ANT:** Wieso,.... bin ich auch ein Pasi... ein was?
- FRI:** Klar bist Du ein (betont) Pazifist! Du sagst doch auch „Militär gehört abgeschafft“!
- ANT:** Wart‘ mal, ich will dichten!
- FRI:** Dies ist doch ein Gespräch und keine Dichterlesung!
- ANT:** Pazifisten freut es sehr, wenn abgeschafft die Bundeswehr!
- FRI:** (stöhnt) Ach, Du bekommst bestimmt noch einen Dichterpreis, Anton!
- ANT:** Ist trotzdem ein schöner Spruch!
- FRI:** Vielleicht gelten ja die Dichter, aber beim Recht, da hapert es gewaltig! Wir leben in einer Zeit, wo das Recht immer weniger gilt.
- ANT:** Friederike, Du redest so oft solchen Stuß, schließlich haben wir Gerichte, da kannst Du doch mit jedem Blödsinn hinrennen.
- FRI:** Na ja, aber immer gilt das nicht!
- ANT:** ... kann ich mir einfach nicht vorstellen!
- FRI:** Als Gefangener im Gefängnis – zum Beispiel, da bist Du manchmal ziemlich rechtlos.

¹ Rede von Kelly Campbell auf der Afghanistan-Demo in Berlin am 15.9.2007 – (unter: www.afghanistandemo.de/re-kempbell.htm) Siehe Anhang!

² Rede von Peter Strutynski auf der Afghanistan-Demo in Berlin am 15.9.2007 - (unter: www.afghanistandemo.de/re-strutynski.htm)

- ANT:** Gefängnis, ist das nicht ein Teil der Justiz?
- FRI:** Na und? Hier, ein konkreter Fall³: Da sitzt einer seine Strafe ab, gut vier Jahre wegen Betrugs. Er darf aber wegen guter Führung tagsüber außerhalb des Gefängnisses als Busfahrer arbeiten.
- ANT:** Das ist doch ganz prima – wird ja wohl „offener Vollzug“ genannt.
- FRI:** Genau, da kommt plötzlich der Verdacht auf, daß er noch eine Unterschlagung begangen hat – und wups, sitzt er im Knast, richtig im „geschlossenen Vollzug“.
- ANT:** Aber der fährt doch Bus?
- FRI:** Jetzt stellt der Staatsanwalt das Verfahren wegen Unterschlagung ein, aber die Gefängnisleitung will nicht, daß dieser Mann wieder als Busfahrer arbeiten geht.
- ANT:** Aber das wäre doch sinnvoll, sonst steht er doch nach der Entlassung auf der Straße!
- FRI:** Richtig! Nun klagt der Mann vor dem Landgericht gegen die Gefängnisleitung.... und bekommt Recht.
- ANT:** Dann ist doch alles OK!
- FRI:** Leider nein! Die Gefängnisleitung hat sich einen Dreck um das Gericht geschert, der Mann durfte nicht mehr als Busfahrer arbeiten. Die haben das Gericht einfach ignoriert!

(Kleine Pause)

- ANT:** Erzähl weiter! In einem Rechtsstaat kann das so nicht enden! Ist so was nicht Aufgabe eines Gerichtsvollziehers?
- FRI:** Ja, schon! Aber nicht bei der Gefängnisleitung, denn die ist ja eigentlich als staatliche Behörde an Recht und Gesetz gebunden.
- ANT:** Und macht, was sie will – und so was nennt sich Rechtsstaat!
- FRI:** Nur weil dieser Mann einen Landtagsabgeordneten kannte, durfte er dann doch wieder draußen als Busfahrer arbeiten.⁴
- ANT:** Wenn so was in einem anderen Land passiert, dann ist bei uns das Geschrei immer groß, aber bei uns? Da nehmen wohl alle an, daß wenigstens das Rechtswesen in Ordnung ist!

(Kleine Pause)

- FRI:** (zögernd) Anton.... ich trau's mich gar nicht zu sagen...(plötzlich) Ich habe nämlich auch gedichtet!
- ANT:** Gut, setzen wir die Dichterlesung fort!
- FRI:** Das internationale Recht des Menschen ist ganz stark in Not, weil Staaten sagen: Sicherheit bei uns ist stark bedroht; Drum protestiert für Frieden, Freiheit und für Solidarität, sonst ist es eines schönen Tages wieder mal zu spät!
- ANT:** Da bleibt mir die Luft weg: ein richtiger Rap! Toll Friederike! ...sonst ist es eines schönen Tags zu spät, richtig!
- FRI:** Ja, es ist wirklich ein Problem geworden, Anton. In Spanien – zum Beispiel - wirst Du bald nicht mehr gegen Krieg demonstrieren können!

³ Mißachtung von Entscheidungen der Strafvollstreckungskammern durch die Justizverwaltung, (Grundrechte Report 2007, S. 142 ff – Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen)

⁴ Wettlauf der Schabigkeit, (Der Spiegel vom 15.05.2006, Nr. 20/2006, S. 56)

- ANT:** Aber, Friederike, Du mußt natürlich eine Demo genehmigen lassen, aber Du kannst doch gegen fast alles demonstrieren!
- FRI:** Ja, bei uns gegen sehr vieles!
- ANT:** Und Spanien gehört zur EU, dann muß das dort auch so sein!
- FRI:** Denkste! In Spanien gibt es einen Gesetzesentwurf⁵ zur Reform des Militärgesetzes, das Pressefreiheit und Demonstrationsrecht sehr stark einschränken würde!
- ANT:** Wenn es um das Militär geht?
- FRI:** Ja, das Verteidigungsministerium hat den Gesetzesentwurf eingebracht: danach wird mit Gefängnis – Gefängnis! - zwischen einem und 6 Jahren bestraft, - hier steht das - „wer in einem internationalen bewaffneten Konflikt, an dem sich Spanien beteiligt, öffentlich Handlungen vornimmt, um diese Beteiligung in Mißkredit zu bringen“
- ANT:** Also kein „Frieden für Afghanistan – Bundeswehr raus“?
- FRI:** Auf jeden Fall könnte das Dich schon in Schwierigkeiten bringen!
- ANT:** Na, da wollen wir mal recht laut gegen den Krieg protestieren, so lange wir das noch dürfen!
- FRI:** Aber auch hier könntest Du schon bald in Schwierigkeiten kommen, wenn Du die falsche Urlaubsreise nach Pakistan buchst – bis zu 10 Jahre Haft kannst Du dafür bekommen!⁶
- ANT:** Einfach so? Wo überall darf ich denn nicht hinfahren?
- FRI:** Naja, Du mußt schon zu einem Ausbildungslager fahren, das terroristisch ist.
- ANT:** Aber wie wollen die das denn kontrollieren?
- FRI:** Das weiß ich auch nicht! Hoffentlich reicht nicht schon der Verdacht!
- ANT:** Apropos Urlaub! Jetzt benutzen die doch die Urlaubsflieger für's Militär!⁷
- FRI:** Die produzieren da schon eine neue Militärversion! Aber es wird ein komisches Gefühl sein in einem Flugzeug zu sitzen, das von außen genau so aussieht wie ein Kriegsflugzeug!
- ANT:** Damit würde ich aber nicht fliegen! Übrigens, ich war bei Franz und der hat gesagt, das Wetter sei für den Bush günstig.....
- FRI:** Anton, die Präsidentenwahl ist doch erst nächstes Jahr!
- ANT:** Petrus sei dem Bush gewogen, hat er gesagt!
- FRI:** Petrus? Petrus? Meinst Du etwa Petraeus, den General?
- ANT:** Ah, das war's – und dann hat der Franz noch gesagt: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing!

⁵ Demonstrationen als Wehrkraftzersetzung (TELEPOLIS 23.4.2003 unter: www.heise.de/tp/r4/artikel/14/14659/1.html)

⁶ Berlin will Besuch von Terror-Camps bestrafen (NZZ 19.9.2007)

⁷ Touristenbomber für den Krieg (Der Spiegel 38/2007 S.169)

- FRI:** Du meinst das Gutachten, daß der General Petraeus⁸ über den Irakkrieg abgegeben hat!
- ANT:** Die Demokraten in den USA mögen das bestimmt nicht!
- FRI:** Ja, das stimmt! Es steht ja wohl auch im Gegensatz zu den Beobachtungen vieler anderer Menschen: die Sicherheitslage wird immer katastrophaler, die Iraker sind diesen Krieg schon lange leid und würden sonst was tun, um die Amerikaner los zu werden!
- ANT:** Und wann ziehen sie ab?
- FRI:** Die denken ja gar nicht daran, abzuziehen! Und nächstes Jahr November, ist wieder Präsidentenwahl.
- ANT:** Ja will denn Bush⁹ das Chaos, das er angerichtet hat, seinem Nachfolger überlassen?!
- FRI:** Das bedeutet, daß der Irak in den USA das wichtigste Thema für die Wahl sein wird!...Übrigens, da fällt mir ein: Irakkrieg! Das letzte mal habe ich Dir ja erzählt, daß auch wir beteiligt waren.
- ANT:** Ja, hast Du gesagt, aber mitgebombt haben wir nicht, oder etwa doch.... ?
- FRI:** Ich habe gesagt, unsere Soldaten haben die amerikanischen Stützpunkte, Truppen- und Materialtransporte hier in der Bundesrepublik bewacht und geschützt.
- ANT:** Schlimm genug...
- FRI:** Aber es war viel schlimmer, Wir haben den Amis und den Engländern Geleitschutz am Horn von Afrika gewährt und AWACS-Flugzeuge - auch mit deutschen Soldaten haben in der östlichen Türkei die Aufklärung übernommen.
- ANT:** Aber der Schröder hat doch damals ganz laut gesagt, daß wir uns nicht am Irakkrieg beteiligen, bei dem Duell mit diesem Bayern im Fernsehen.
- FRI:** Ja, mit Stoiber, vor der Bundestagswahl 2002. Der Schröder wollte nur die Wahl gewinnen!
- ANT:** Hat er ja dann auch!
- FRI:** Das Ausmaß unserer Beteiligung am Irakkrieg ist jetzt in einer Anfrage an die Bundesregierung beschrieben, mit dem Titel: „Bezeichnung der Bundeswehrgeneralität als opportunistisch, feige und skrupellos“¹⁰.
- ANT:** Das man im Bundestag so was überhaupt aussprechen darf: „Die Bundeswehr soll feige sein.....“, wäre ja gar nicht so schlecht, dann würden sie einfach abhauen, wenn es brennt.
- FRI:** Nein, nicht die Bundeswehr, die Generäle sollen opportunistisch, feige und skrupellos sein. Das hat Oberstleutnant Rose geschrieben, weil die Generäle beim Irakkrieg einfach mitgemacht haben.

⁸ A Chat with General David Petraeus (29.3.2007 OPFOR eine Soldaten-Mitgliederorganisation in den USA – unter: http://opfor/2007/04/a_chat_with_general_david_petraeus.html)
 Battling for Iraq von David Petraeus (Washington Post 26.September 2004)
 US-Oberbefehlshaber Petraeus stellt Truppenabzug ab März in Aussicht (Spiegel-ONLINE 5.9.2007)

⁹ Bush verschanzt sich hinter Petraeus-Report (Spiegel-ONLINE 14.9.2007)

¹⁰ Kleine Anfrage der Fraktion „Die Linke“ (Bundestagsdrucksache 16/4533 vom 2.3.2007) Siehe Anhang!

- ANT:** (stöhnt) Ist ja auch am einfachsten, immer schön mit dem Strom schwimmen.
- FRI:** Und jetzt möchte diese Fraktion von der Bundesregierung wissen, ob auch aktive Soldaten der Bundeswehr so etwas aussprechen dürfen.
- ANT:** Und was hat die Regierung daraufhin geantwortet?
- FRI:** Augenblick, ich such mal.... hier ich hab es: „Soldatinnen und Soldaten haben ihre Meinung besonnen, tolerant und sachlich zu vertreten. Überzogene Kritik ist gleichwohl hinzunehmen, soweit sie nicht als diffamierend oder ehrverletzend anzusehen ist“.
- ANT:** Das klingt doch ganz vernünftig.
- FRI:** Und die Fraktion möchte auch wissen, ob es einen bestimmten Grad von Völkerrechtsbruch oder eine bestimmte Opferzahl gibt, ab der die Kritik an der Generalität nicht mehr tolerant formuliert werden muß.
- ANT:** Na und?
- FRI:** Die Bundesregierung meint, beim letzten Irakkrieg hätte es gar keinen Anlaß für überzogene Kritik gegeben, es sei unter Völkerrechtlern doch umstritten, ob dieser Krieg gegen das Völkerrecht verstoßen hat.
- ANT:** Umstritten?
- FRI:** Die Bundesregierung sagt¹¹: deswegen sei es abwegig: „von völkerrechts- und verfassungswidrigen Orders der Bundesregierung zu sprechen, deren Ausführung Generäle der Bundeswehr hätten entgegentreten müssen..“
- ANT:** Das heißt (überlegt), wenn es fraglich ist, ob ich klauen darf, dann klaue ich einfach,..... so was kann doch nicht richtig sein.
- FRI:** Der Irak hat niemals die USA angegriffen, es lag nicht einmal ein Beschluß des UN-Sicherheitsrates vor, nach dem die USA den Irak hätte überfallen dürfen
- ANT:** (etwas Ironisch) Wenn überhaupt Krieg, dann - bitte schön - nur mit UN-Beschluß
- FRI:** So was hat auch ein Richter am Bundesverwaltungsgericht gesagt, Deiserroth heißt der „:... die völkerrechtliche Unzulässigkeit eines US-Präventivkrieges gegen Irak sei relativ eindeutig“... und weiter unten heißt es: „Ein Staat, der sich ... über das Gewaltverbot der UN-Charta hinwegsetzt und einen Präventivkrieg führt, handelt damit völkerrechtswidrig und begeht eine militärische Aggression“¹².
- ANT:** Und wir, ob Soldat oder nicht, sollten dagegen lauthals protestieren
- FRI:** Und mehr: Militär gehört abgeschafft.

¹¹ Antwort der Bundesregierung (Deutscher Bundestag Drucksache 16/4726) Siehe Anhang!

¹² Präventivschlag gegen Irak (Dieter Deiserroth im Grundrechte-Report 2003 S.179-184- Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen)

ANHANG

Rede von Kelly Campbell, USA in deutscher Übersetzung

Liebe Friedensfreunde

Ich bin durch die Einladung der deutschen Friedensbewegung, an dieser Demonstration für den Ruckzug der deutschen Truppen aus Afghanistan teilzunehmen, sehr geehrt. Ich schätze die deutsche Friedensbewegung wegen ihrer führenden Rolle darin, die Verantwortungen der internationalen Gemeinschaft für Afghanistan auf die Tagesordnung zu bringen. Ich habe die Auswirkungen des militärischen Anschlags auf Afghanistan selbst miterlebt, als ich im Januar 2002 in einer Delegation der Familienmitglieder der Opfer des Elften Neunten in Kabul war. Wir haben darauf bestanden, daß unser Schmerz kein Kriegsruf sei, und daß das Töten unschuldiger Afghanen und Afghaninnen uns keine Gerechtigkeit bringen würde. Wir haben diese Reise unternommen, um die Auswirkungen der Entscheidung unserer Regierung zu bezeugen, Afghanistan in Vergeltung für den Tod unserer Lieben zu bombardieren, und um unsere Anteilnahme mit Afghanen und Afghaninnen zu zeigen, die ihre Familienmitglieder durch die US-Bombardierung verloren hatten. In Afghanistan haben wir Familien getroffen, deren Häuser durch die US-Bombardierungen zerstört worden sind und Familien, deren Lieben durch die amerikanische Bombardierung von Wohnbezirken getötet worden waren. In den Krankenhäusern haben wir Kinder getroffen, die durch US-Streubomben Glieder verloren hatten. Aufgrund dessen, was ich in Afghanistan erlebt habe, glaube ich, dass die internationale Gemeinschaft sich auf die dringenden Bedürfnissen Afghanistans nach humanitärer Hilfe und Wiederaufbau - und nicht auf das Militärische - konzentrieren soll. Seitdem ich vor fünfeinhalb Jahren in Afghanistan war, ist die Sicherheitslage - trotz des Einsatzes ausländischer Truppen am Boden und Bombardierung aus der Luft - immer schlimmer geworden. Wir sehen das Erstarken der Taliban, das Auftauchen von Selbstmordattentäter, die gewaltige Zunahme des Opiummarkts, und Kriegsherren in Machtstellungen in der Regierung. Gleichzeitig werden immer mehr afghanische Zivilisten durch die US- und NATO-Einsätze getötet, versprochene Wiederaufbauprojekte werden nicht verwirklicht, vielen Frauen geht es nicht besser als zuvor, und Hilfsorganisationen verlassen das Land wegen der schlechten Sicherheitslage. In jedem Jahr, das wir dort bleiben, nimmt die Anzahl getöteter Soldaten der USA und der Alliierten zu. Es wird Zeit, daß wir eine andere Art und Weise finden, unserer Verantwortung gegenüber dem afghanischen Volk gerecht zu werden.

In den USA ist die Besetzung Afghanistans in den letzten viereinhalb Jahren vom Überfall auf und Besetzung des Iraks überschattet worden. Der Mythos des Erfolgs in Afghanistan, der dazu beigetragen hat, die amerikanische Öffentlichkeit zu überzeugen, den Überfall auf Irak zu unterstützen, wird in weiten Kreisen in den USA noch geglaubt. Die Geschichte lautet, daß Afghanistan der gute Teil des Kriegs gegen den Terror war; derjenige, bei dem wir Extremisten geschlagen, Frauen befreit, und die Demokratie in einem Land herbeigebombt haben. Der amerikanische Überfall auf Afghanistan wird noch immer von den meisten in den USA als eine angemessene Reaktion auf den Schrecken, den wir am 11. September erlebt haben, angesehen. Nach dem 11. September war es in den USA vorherrschende Meinung, es müsse "etwas" getan werden. Aber war der militärische Einsatz in Afghanistan das Klügste, das wir hätten machen können? Sind Bin Laden und andere möglichen Hintermänner des Anschlags vor ein internationales Gericht gestellt worden? Hat dieser Einsatz zu einer internationalen Diskussion über die Strategie geführt, wodurch die Ursachen von Terrorismus und politischem Gewalt verändert werden könnten? Ist diese Welt für überhaupt einen Mensch sicherer geworden? Stattdessen hat der Einmarsch und fortdauernde Besetzung in Afghanistan - von der Eröffnung des Gefangenenlagers Guantanamo Bay und die Verletzungen der Menschenrechte der Gefangenen dort ganz zu schweigen - zu einer Spirale der Gewalt geführt, die noch mehr Opfer vom politischer Gewalt geschaffen hat, was noch mehr Menschen erzeugt, die gegen die USA und unsere Verbündeten Gewalt anzuwenden bereit sind, was wiederum sicherstellt, dass dieser Kreislauf sich fortsetzt.

Ich bin als Vorstandsmitglied von "United for Peace and Justice" hier, ein Bündnis von mehr als 1400 Organisationen, die in den USA für Frieden und Gerechtigkeit sich einsetzen. Obwohl der Fokus unseres Bündnisses bis jetzt gewesen ist, den Krieg in dem Irak zu beenden, fangen wir recht verspätet an, die Lage in Afghanistan zu analysieren und unsere Verantwortung als US-Friedensbewegung die amerikanische militärische Besetzung Afghanistans anzugehen. Sehr gern arbeiten wir zusammen mit und lernen wir von der deutschen Friedensbewegung, und von den Friedensbewegungen anderer Länder, um diese internationalen Fragen anzugehen, die uns alle betreffen.

Ich vertrete heute hier auch die "9-11 Familien für eine friedliche Zukunft," eine Organisation der Familienmitglieder der Opfer des 11. September. Wir setzen uns dafür ein, diesen Kreislauf der Gewalt zu brechen, indem wir unsere Trauer in Taten für Frieden und Gerechtigkeit umsetzen. Wir glauben, dass keine Familie irgendwo auf der Erde den Verlust eines geliebten Menschen durch politische Gewalt erleiden sollte, und wir bestehen darauf, daß unser Schmerz kein Kriegsruf ist. Der Name unserer Organisation entstammt einem Zitat von Martin Luther King Jr., in dem es heißt: "Kriege sind armselige Meiseln, um eine friedliche Zukunft zu stemmen... wir müssen friedliche Ziele durch friedliche Mittel anstreben." Wir schließen uns Ihnen heute an im Eintreten für friedliche Mittel um friedliche Ziele zu erreichen - in Afghanistan, Deutschland, den USA, und auf der ganzen Welt.

Auszug aus:

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dagdelen, Wolfgang Gehrcke, Inge Höger, Dr. Norman Paech, Paul Schäfer (Köln) und der Fraktion DIE LINKE.

Bezeichnung der Bundeswehrgeneralität als opportunistisch, feige und skrupellos

Weil er die Haltung der deutschen Generalität gegenüber Unterstützungsleistungen für den völkerrechtswidrigen Irakkrieg kritisiert hatte, musste der Oberstleutnant der Bundeswehr Jürgen Rose eine Disziplinarbuße bezahlen.

Insbesondere dem Generalinspekteur der Bundeswehr und den Inspektoren der Teilstreitkräfte hatte der Oberstleutnant in einem Artikel in der Zeitschrift „Ossietzky“, (Ausgabe 11/Mai 2006) den Vorwurf gemacht, sie hätten es versäumt, gegen die Unterstützungsleistungen zu protestieren. Damit spielte der Oberstleutnant darauf an, dass die Bundeswehr Soldaten als Wachposten vor US-Kasernen in Deutschland abstellte, den USA umfangreiche logistische Hilfe leistete, weiterhin Überflug- und Transitrechte gewährte, am Horn von Afrika den Geleitschutz für US- und britische Schiffe übernahm und deutsche Soldaten Dienst in AWACS-Flugzeugen in der östlichen Türkei leisteten.

Den Hintergrund für den kritischen Artikel des Oberstleutnants bildete der Umstand, dass ein Major der Bundeswehr, F. P., seine weitere Mitarbeit an der Entwicklung eines Computerprogramms verweigert hatte, weil er befürchtete, dieses Programm könne zur Unterstützung der US-Kriegsführung missbraucht werden. Der Major wurde degradiert, erhielt aber vom Bundesverwaltungsgericht Recht. Dieses erklärte, die Gehorsamsverweigerung sei von der Freiheit des Gewissens geschützt und urteilte mit Blick auf die deutschen Unterstützungsleistungen für den Irakkrieg: „Eine Beihilfe zu einem völkerrechtlichen Delikt ist selbst ein völkerrechtliches Delikt.“

Die Diskrepanz zwischen der Courage des Majors und dem zumindest nach außen hin bedingungslosen Gehorsam der deutschen Generäle nahm der Oberstleutnant Jürgen Rose zum Anlass, die Generalität massiv zu kritisieren. Unter anderem führte er aus: „Hätte die deutsche Generalität auch nur einen Funken Ehrgefühl sowie Rechts- und Moralbewusstsein im Leibe, so hätte der Generalinspekteur im Verein mit seinen Teilstreitkraftinspektoren sich geweigert, den völkerrechts- und verfassungswidrigen Ordres der rot-grünen Bundesregierung Folge zu leisten [...]“. Die Haltung der Generalität fasste er mit den Begriffen „Opportunismus, Feigheit, Skrupellosigkeit, zusammen.“

Auszug aus:

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dagdelen, Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 16/4533 – Bezeichnung der Bundeswehrgeneralität als opportunistisch, feige und skrupellos

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundesregierung widerspricht der in der Vorbemerkung der Fragesteller implizit enthaltenen Behauptung, die Bundeswehr habe „Unterstützungsleistungen für den völkerrechtswidrigen Irak-Krieg„ erbracht. Die Bundesregierung hat mehrmals klargestellt, dass die entsprechenden Einschätzungen des Bundesverwaltungsgerichts (vgl. BVerwG NZWehrr 2005, 254) Fragen betreffen, die von Völkerrechtlern unterschiedlich beantwortet werden (siehe z. B. Bundestagsdrucksache 16/1921, Seite 3). Sie hält es daher für abwegig, von „völkerrechts- und verfassungswidrigen Ordres„ der Bundesregierung zu sprechen, deren Ausführung Generale der Bundeswehr hätten entgegentreten müssen. Der Vorwurf, „die Bundeswehrgeneralität„ sei opportunistisch, feige und skrupellos, entbehrt daher jeder Grundlage.

1. Ist die Bundesregierung der Auffassung, die Meinungsfreiheit von Soldaten unterliege engeren Grenzen als die von Zivilisten?

Wenn ja, welche zusätzlichen Begrenzungen sind dies, und wie begründet die Bundesregierung diese? Im Rahmen der Erfordernisse des militärischen Dienstes (vgl. § 6 Satz 2 des Soldatengesetzes [SG]) und mit dem Ziel, die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr zu erhalten, darf nach Artikel 17a Abs. 1 GG für Soldaten und Soldatinnen neben anderen auch das Grundrecht der freien Meinungsäußerung nach Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes (GG) durch gesetzlich begründete Pflichten beschränkt werden (vgl. BVerfGE 44, 197, 202). Solche Pflichten ergeben sich aus § 7, § 10 Abs. 6, §§ 12, 17 Abs. 1 und 2 SG (vgl. BVerwG NZWehrr 1993, 206, 207).

2. Ist die Bundesregierung der Auffassung, die inkriminierten Äußerungen des Oberstleutnants Jürgen Rose seien nicht vom Grundrecht auf Meinungsfreiheit gedeckt, und wie begründet sie ihre Einschätzung?

Inwieweit berücksichtigt die Bundesregierung dabei die Feststellung des Bundesverwaltungsgerichtes, dass ein Soldat „auch in überspitzter und polemischer Form Kritik äußern kann„ (NZ Wehrrecht 1994, 249/250)?

Das Grundrecht auf Meinungsfreiheit findet seine Schranke u. a. in dem Recht der persönlichen Ehre Dritter. Diese Grenze haben die mit einer Disziplinarbuße geahndeten Äußerungen des Oberstleutnant Rose überschritten. Dies hat das Truppendienstgericht Süd mit Beschluss vom 12. Dezember 2006 – unter Berücksichtigung der in der Frage genannten Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts und unter Beachtung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (siehe BVerfG NZWehrr 1994, 241) – bestätigt.